

**Sperrfrist bis 10.15 Uhr**



## **Medienmitteilung**

Dienstag, 25. Juni 2019

# **Wirtschaftsstandort Schweiz: Blockaden überwinden!**

**Ernüchternde Bilanz der Legislatur 2015 bis 2019 aus Sicht der Wirtschaft**

**Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse hat rund 100 wirtschaftspolitische Entscheidungen in der zu Ende gehenden Legislatur 2015 bis 2019 auf ihre Auswirkungen auf die Standortqualität hin untersucht. Die Bilanz fällt ernüchternd aus. Sie ist vor allem durch Stagnation und Rückschritte geprägt. economiesuisse hat deshalb unter [www.elections.ch](http://www.elections.ch) eine Plattform entwickelt, auf der Kandidierende für die eidgenössischen Wahlen, aber auch interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine persönliche Standortbestimmung in der Wirtschaftspolitik der kommenden Legislatur 2019 bis 2023 vornehmen können.**

Die Schweiz hat in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüsst. Das belegen verschiedene Länderstudien – etwa der Weltbank, des World Economic Forum WEF oder des Institute for Management Development IMD. Im Herbst geht die Legislatur 2015 bis 2019 der eidgenössischen Räte zu Ende. Zeit also, die wirtschaftspolitischen Entscheide in den vergangenen vier Jahren unter die Lupe zu nehmen. economiesuisse hat rund 100 solche Entscheide von Parlament und Stimmvolk in den vergangenen vier Jahren analysiert und ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit beurteilt. Bezugsrahmen für diese Beurteilung bilden die Indikatoren des «Global Competitiveness Report» des World Economic Forum.

Obwohl die Legislatur noch nicht ganz zu Ende ist, hat sich bereits der Eindruck verfestigt, dass es vier zähe Jahre waren, in denen keine grossen Fortschritte erzielt wurden. Zu oft hat sich die Politik damit begnügt, den Status quo zu verwalten. Wichtige Reformen wurden kaum angestossen und für die drängendsten Probleme nur selten mehrheitsfähige Lösungen präsentiert. Negative Entwicklungen auf die Standortqualität sind zum Beispiel in der makroökonomischen Stabilität festzustellen: Zwar konnten grössere Rückschritte wie etwa die Vollgeldinitiative oder ordnungspolitische Sündenfälle bei der Bewältigung des Frankenschocks vermieden werden. Trotzdem hat beispielsweise der Reformstau bei der Altersvorsorge langfristig negative Auswirkungen auf die Schuldendynamik. Im Bereich Arbeitsmarkt hatte die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einen massgeblichen Einfluss. Bis klar war, wie die MEI umgesetzt wird, wirkte sich die Phase der Planungsunsicherheit negativ aus. Im Finanzmarkt wurden neue Regulierungen eingeführt, um sich internationalen Standards anzupassen. Das war zwar unausweichlich und für die Schweizer Wirtschaft notwendig. Trotzdem nimmt dadurch der Aufwand für die Unternehmen zu. Die negative Entwicklung in der Dynamik ist Ausdruck des mangelnden Gestaltungswillens, der fehlenden Weitsicht und der zunehmenden Regulierungen und Hürden für wirtschaftliche Tätigkeiten, wie dies auch im weiteren Abrutschen der Schweiz im «Ease of Doing Business Index» der Weltbank Ausdruck findet. Die Schweiz rangiert dort abgeschlagen auf Platz 38. Der Status quo wurde in den Bereichen Innovation, Institutionen, Infrastruktur, Gesundheit und Produktmarkt gehalten. Einzig bei der Marktgrösse und der Qualifikation

der Arbeitskräfte war die Entwicklung in den vergangenen vier Jahren positiv. Die Marktgrösse hat unter anderem wegen diverser Freihandelsabkommen wie zum Beispiel mit den Philippinen oder Indonesien zugenommen. Die Qualifikation der Arbeitskräfte erhöhte sich aufgrund des Anstiegs an Abschlüssen der höheren Berufsbildung, Fachhochschulen und Universitäten. Fortschritte in der Bildungspolitik ergaben sich auch aufgrund der erfolgreichen Einführung des Lehrplans 21, dank dem unter anderem «Medien und Informatik» nun endlich verbindlich in den Schulstuben Einzug halten.

### **Wahlen 2019: Onlineplattform zur individuellen wirtschaftspolitischen Standortbestimmung**

Im Herbst finden die eidgenössischen Wahlen statt. Das neue Parlament wird es in der Hand haben, die Weichen für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik zu stellen, zum Beispiel in der Europapolitik oder der Altersvorsorge. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Die bewährten Erfolgsfaktoren der Schweizer Wirtschaft wie Investitionen in Forschung und Bildung, offener Zugang zu den Weltmärkten oder eine wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik bilden für die Politik einen guten allgemeinen Orientierungsrahmen.

Als individuelle Orientierungshilfe und wirtschaftspolitische Standortbestimmung für National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten, aber auch für wirtschaftspolitisch interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat economiesuisse unter [www.elections.ch](http://www.elections.ch) eine Onlineplattform aufgebaut. Auf dieser Plattform können die Kandidierenden anhand eines Fragebogens die wichtigsten wirtschaftspolitischen Geschäfte in der kommenden Legislatur aus ihrer Sicht beurteilen. Nach Ausfüllen des Fragebogens bekommen sie eine persönliche Auswertung und ausführliche Informationen zu den betreffenden Geschäften. So können sich wirtschaftspolitisch Interessierte heute schon mit denjenigen wirtschaftspolitischen Themen persönlich auseinandersetzen, die in der nächsten Legislatur im Parlament diskutiert werden. Aus den Umfrageergebnissen werden keine Ranglisten oder Wahlempfehlungen erstellt.

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse, appellierte an der heutigen Medienkonferenz an die Politik, die Blockaden der vergangenen Legislatur zu überwinden und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz wieder zu stärken: «Im internationalen Standortwettbewerb muss die Schweiz wieder zu den Topdestinationen der Welt aufsteigen», sagte sie. Ob das gelingen wird, werden die Ländervergleiche in den kommenden Jahren zeigen.

Rückfragen:  
Michael Wiesner  
Telefon: +41 44 421 35 44  
E-Mail: michael.wiesner@economiesuisse.ch

## Medienkonferenz

Dienstag, 25. Juni 2019

Es gilt das gesprochene Wort

# Stillstand und Blockaden statt mutiger Schritte

## Eine kritische wirtschaftspolitische Würdigung der zu Ende gehenden Legislatur

Rudolf Minsch, Chefökonom und Leiter Allgemeine Wirtschaftspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren

2019 geht eine Legislatur zu Ende, in der die eidgenössische Politik mit einer grossen Bandbreite von gewichtigen Themen konfrontiert wurde. Viele davon betrafen die Qualität und Entwicklung der Schweiz als Wirtschaftsstandort, und damit sehr direkt auch unseren Wohlstand. Entsprechend hoch waren vor vier Jahren die Erwartungen seitens Wirtschaft und Bevölkerung. Mittlerweile hat sich der Eindruck verfestigt, dass es vier zähe Jahre waren, in denen keine grossen Fortschritte erzielt wurden. Zu oft hat sich die Politik damit begnügt, den Status quo zu verwalten. Wichtige Reformen wurden kaum angestossen, und für die drängendsten Probleme nur selten mehrheitsfähige Lösungen präsentiert. Das ist nicht nur ein subjektiver Eindruck, denn er spiegelt sich auch in den internationalen Ranglisten, die die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes abbilden. Im «IMD Competitiveness Ranking 2018» hat die Schweiz gegenüber dem Vorjahr drei Ränge verloren und ist zwischenzeitlich auf Platz 5 abgerutscht. In der jüngsten Analyse 2019 hat sie allerdings wieder einen Platz gutgemacht. Und im «Global Competitiveness Report» des World Economic Forum (WEF) liegt die Schweiz nur noch auf Rang 4.

Selbstverständlich sind diese Ranglisten nur Momentaufnahmen, während sich Wirtschaftspolitik langfristig auswirkt. Wir haben deshalb nicht nur das vergangene Jahr, sondern aus der ganzen laufenden Legislatur rund 100 politische Geschäfte, die aus unserer Sicht am wichtigsten waren, einer genaueren Prüfung unterzogen. Die Fachbereiche von economiessuisse haben für jede Vorlage bewertet, ob sie die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Ergebnis verbessert, verschlechtert oder gar nicht verändert hat. Jeder Vorlage wurde entsprechend ein Wert in der Bandbreite von +3 (stark positiv) bis -3 (stark negativ) zugewiesen. Gleichzeitig haben wir alle Geschäfte thematisch einer Kategorie des WEF Competitiveness Reports zugeordnet. Dabei kann der Erhalt des Status quo neutral oder negativ sein. So wurden in der letzten Legislatur 15 Volksinitiativen von den Stimmberechtigten abgelehnt. Hier sind die Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz neutral, denn dank der Ablehnung konnte eine Verschlechterung verhindert werden. Der Erhalt des Status quo kann aber auch negativ sein. So verschlechtert sich der Zustand der Altersvorsorge mit jedem Tag, an dem wir nichts unternehmen.

In der Medienmappe finden Sie eine Zusammenfassung dieser Auswertung.

Das Spider-Diagramm im Kurzbericht fasst unsere Analyse zusammen. Und es zeigt sich bereits auf den ersten Blick, dass die Schweiz nur gerade in zwei Kategorien Fortschritte erzielt hat, während in allen anderen Stagnation oder sogar Rückschritte zu verzeichnen sind. Besonders in zwei Bereichen sind die Rückschritte in den letzten vier Jahren augenfällig. Erstens wurde die Flexibilität des Arbeitsmarktes eingeschränkt. Die Masseneinwanderungsinitiative konnte zwar in Einklang mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen umgesetzt werden, durch die Stellenmeldepflicht hat sich der bürokratische Aufwand für die Unternehmen aber erhöht. Auch die Wiedereinführung der Arbeitszeiterfassung war ein Rückschritt. Zweitens stellen wir eine Verschlechterung bei der Dynamik fest. Zusätzliche Regulierungen und zusätzliche Hürden für wirtschaftliche Tätigkeiten belasten. So rutschte die Schweiz im «Ease of Doing Business Index» der Weltbank auf Platz 38 ab.

### **Stagnation in den meisten Bereichen der Wirtschaftspolitik**

Bei den meisten Faktoren stagnierte die Standortqualität der Schweiz. So konnte auch beim wichtigen Faktor Institutionen nur der Status quo gehalten werden. Ein Beispiel, das diesen Bereich stark beeinflusst, ist die Revision des Aktienrechts. Obwohl die Räte diese unbestreitbar notwendige Reform seit etlichen Jahren diskutieren, konnte sie bisher nicht unter Dach und Fach gebracht werden. Glücklicherweise konnte nach guter Vorarbeit des Nationalrates durch ein beherztes Eingreifen des Plenums des Ständerats ein Entgleisen der Vorlage verhindert werden, so dass sie nun in den wesentlichen Punkten wieder auf Kurs ist. Es bleibt zu hoffen, dass die noch offenen Punkte, welche die Wirtschaft übermässig belasten, in der weiteren Beratung behoben werden können und die Vorlage bald abgeschlossen werden kann. Noch nicht aufgeführt ist übrigens das Thema der Investitionskontrollen. Auch hier ist zu hoffen, dass der Nationalrat dem Ständerat nicht folgen wird und Investitionskontrollen in der Schweiz ablehnt.

Der Faktor Infrastruktur – traditionell eine grosse Stärke der Schweiz – hat sich gemäss unserer Auswertung sogar leicht negativ entwickelt. Diese Feststellung lässt sich mit Beispielen untermauern. Zwar gibt es in diesem Bereich Fortschritte zu verzeichnen, beispielsweise den von der Stimmbevölkerung im Februar 2017 gutgeheissenen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Diesen stehen aber ebenso gewichtige Rückschritte gegenüber, zum Beispiel die aus ökonomischer Sicht unsinnigen neuen Subventionen im Energiebereich. Und schliesslich scheut sich die Politik auch bei den Infrastrukturen, längst fällige Reformen entschlossen anzupacken, beispielsweise die Aufhebung des Brief-Monopols der Post. Auch in der Debatte um das für die Zukunft unseres Landes zentrale Thema Digitalisierung dominieren häufig Ängste, Zweifel und Zurückhaltung. Ein aktuelles Beispiel ist der neue Mobilnetzstandard 5G. Obwohl dieser für die weitere technologische Entwicklung unabdingbar ist, hat es die Politik nicht geschafft, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Immerhin hat die Politik seit 2015 in zwei Bereichen wirtschaftspolitische Fortschritte erzielt. Dies gilt insbesondere für den Bereich Marktgrösse. Als Exportnation mit kleinem Binnenmarkt ist dieser Faktor für die Schweiz besonders relevant. Hier wurden einerseits Verschlechterungen verhindert, indem isolationistische Vorhaben chancenlos blieben. Darunter zähle ich insbesondere die Selbstbestimmungsinitiative. Deren wuchtige Ablehnung Ende November letzten Jahres ist ein ermutigendes Signal für die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik, selbst wenn damit lediglich der Status quo verteidigt wurde. Schritte vorwärts gelangen in dieser Legislatur dank des Abschlusses von Freihandelsabkommen mit den Philippinen, Georgien, Ecuador, Indonesien und der Modernisierung des Abkommens mit der Türkei. Das ist insgesamt erfreulich, doch muss man selbst in diesem Themenfeld konstatieren, dass die wichtigsten Ziele noch in weiter Ferne liegen. Dazu zähle ich vor allem die Absicherung und Weiterentwicklung unseres Zugangs zum europäischen Binnenmarkt durch ein Rahmenabkommen, aber auch die angestrebten Freihandelsabkommen mit wichtigen Märkten wie den USA und Mercosur.

Fortschritte erzielte die Schweiz auch bei der Qualifikation der Arbeitskräfte. So haben die Abschlüsse an Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen) und in der Höheren Berufsbildung weiter zugenommen. Das Parlament hat mit der Priorisierung der Ausgaben für Bildung,

Forschung und Innovation (BFI) die finanziellen Voraussetzungen für dieses Wachstum geschaffen. Langfristig positiv wird sich auch die Einführung des Lehrplans 21 auswirken.

### **Insgesamt ist die Bilanz ernüchternd**

Trotz einzelner Lichtblicke: Das Fazit nach der Bewertung von rund 100 politischen Vorlagen fällt insgesamt ernüchternd aus. Zukunftsprojekte und dringende Reformen wurden entweder gar nicht erst angestossen, oder dann wurden sie auf halbem Weg wieder versenkt. Insbesondere das Scheitern der Unternehmenssteuerreform III hat in der Wirtschaft zu grosser Unsicherheit geführt – vor allem im Hinblick auf Investitionsentscheide. Zwar hat die vom Stimmvolk inzwischen gutgeheissene AHV-Steuer Vorlage dieses Versäumnis korrigiert, aber die jahrelange Verzögerung hat bereits jetzt Schaden angerichtet, indem sie einen der wichtigsten Vorzüge relativierte, den der Standort Schweiz für Unternehmen zu bieten hat: Planungssicherheit.

Unsicherheit generiert auch, dass eine nachhaltige finanzielle Sicherung der Altersvorsorge immer wieder auf die lange Bank geschoben wird. Und auch die bereits erwähnte Stabilisierung unseres Verhältnisses zur EU ist eine solche Geschichte. Die Exportnation Schweiz braucht Gewissheit, dass sie auch in Zukunft auf einen hürdenfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt zählen kann. Diese ungelösten Herausforderungen sind ein schleichendes Gift, das die Standortqualität langsam, aber stetig schwächt.

Es liegt uns fern, einzelnen Akteuren die Verantwortung dafür zuzuweisen. Es ist das gesamte politische System, das viel zu häufig blockiert statt reformiert und im Zweifelsfall lieber reguliert als den Unternehmen Freiräume zu ermöglichen.

Die vergangenen zwei Abstimmungssonntage im Februar und Mai zeigen exemplarisch, wie sich die Politik im Moment vor allem um die Verteidigung des Status quo dreht, anstatt zukunftsweisende Entscheide zu treffen. Im Mai fand die Abstimmung über die AHV-Steuer Vorlage statt. Sie ist unter enormem Zeitdruck erfolgt, weil es in beiden betroffenen Dossiers über Jahre nicht gelang, die politische Blockade zu überwinden. Und dies, obwohl die grundlegende Notwendigkeit von Reformen in beiden Bereichen weitgehend unbestritten war. Zudem wurde im Mai über das Referendum gegen die minimalen Anpassungen im Schweizer Waffenrecht, das den Verbleib unseres Landes im Schengen-Raum gefährdet hätte, abgestimmt, und im Februar über die Zersiedelungsinitiative mit ihrem radikalen Einzonungsverbot. Im ersten Halbjahr dieses Jahres waren wir also ausschliesslich mit Abstimmungen konfrontiert, deren erfreuliche Ergebnisse lediglich dazu beitrugen, dass der Wirtschaftsstandort Schweiz seine bisherige Position halten kann.

Unbestritten: Die Schweiz bietet nach wie vor grosse Vorteile. Aber wir brauchen mehr gute Gründe für die Unternehmen, hier zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wer sich nicht verbessert und nur bewahrt, der fällt im fortlaufenden Wettbewerb der Standorte nach und nach zurück. Unsere Konkurrenten schlafen nicht, ein Zurückfallen kann sich die Schweiz nicht leisten. Die Schweizer Unternehmen sind darauf angewiesen, dass die Politik für herausragende Rahmenbedingungen sorgt und diese stetig weiterentwickelt. Ein Aufbruch, der die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in verschiedenen Bereichen spürbar verbessert, muss deshalb das Hauptziel der neuen Legislatur sein.

Wo der Hebel anzusetzen ist, wird Ihnen nun unsere Direktorin Monika Rühl darlegen.

## **Medienkonferenz**

Dienstag, 25. Juni 2019

Es gilt das gesprochene Wort

# Den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

## **Herausforderungen und Ziele für die Legislatur 2019 bis 2023**

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Abstieg der Schweiz im «Ease of Doing Business Index» der Weltbank lässt aufhorchen. Die Studie gilt als die weltweit bekannteste und umfangreichste Untersuchung zur Geschäftsfreundlichkeit und Unternehmensregulierung. Sie stellt der Schweiz kein gutes Zeugnis aus.

Natürlich kann man solche Studien auch ignorieren. Aber klug wäre das nicht, denn sie beeinflussen Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Viele Regierungen haben das verstanden und entsprechende Massnahmen ergriffen – mit beachtlichem Erfolg, wie der neuste Index zeigt. Dänemark, Hongkong oder Südkorea zum Beispiel haben in den vergangenen zehn Jahren grosse Fortschritte erzielt und belegen heute die Plätze 3 bis 5 in diesem Ranking, das von Neuseeland und Singapur angeführt wird. Ganz anders die Schweiz, sie rutschte kontinuierlich ab: In der neusten Ausgabe 2019 steht unser Land auf Platz 38!

Auch im «IMD World Competitiveness Ranking» haben wir 2018 unseren Podestplatz im Länderranking der Wettbewerbsfähigkeit verloren und sind auf Rang 5 zurückgefallen. Kein Land in den Top Ten hat mehr Plätze verloren. Das schlechte Resultat der Schweiz gehe vor allem auf eine Abschwächung der Exporte zurück, kommentierte das Institut die jüngsten Entwicklungen. Und in geringerem Masse nehme auch die Wahrnehmung der Gefahr einer Verlagerung von Forschung und Entwicklung zu. Immerhin hat die Schweiz im jüngsten Ranking 2019 wieder einen Platz gutgemacht.

Und im «Global Competitiveness Report» des World Economic Forum (WEF) schliesslich hat die Schweiz ebenfalls ihren Podestplatz verloren. Sie ist auf Rang 4 abgerutscht. Von 2009 bis 2017 führte sie diese Rangliste der Volkswirtschaften mit den höchsten Wachstumschancen noch an.

Selbst wenn solche Ländervergleiche mit gewissen Vorbehalten zu beurteilen sind, sie zeigen doch eines klar: Die Schweiz verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Die Gründe liegen auf der Hand: Die Währungssituation, die Unsicherheit bei der Unternehmensbesteuerung, die unklare Zukunft der Beziehun-

gen zur EU oder auch die Aufschiebung der Rentenreform haben Verunsicherung ausgelöst. Das schadet dem Investitionsklima.

In der Wirtschaftspolitik hat die Schweiz zwar vieles gut gemacht, aber nicht so gut, wie sie es hätte tun können. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Und sie verbessert die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts im internationalen Vergleich.

Was bedeutet das nun konkret für die kommenden Jahre? Was erwartet das neue Parlament in den nächsten vier Jahren? Was werden ihre Herausforderungen in der Wirtschaftspolitik? Und was kann das Parlament in der Legislatur 2019 bis 2023 für den Wohlstand in unserem Lande tun?

Mit diesen Fragen haben wir uns in den vergangenen Monaten intensiv auseinandergesetzt. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern haben wir knapp 50 wichtige wirtschaftspolitische Reformen und Ziele für die nächste Legislatur zusammengetragen. Dabei diente der «Global Competitiveness Index» des WEF als Referenzrahmen. Die so erarbeiteten Ziele sollen der Politik als Orientierungshilfe auf dem Weg zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dienen. In der Medienmappe finden Sie die prioritären Ziele; nachfolgend möchte ich Ihnen einige ausgewählte exemplarisch erläutern.

### **Umfassend digitalisierte Verwaltung und elektronische Identität**

Das erste wirtschaftspolitische Ziel für die kommende Legislatur, das ich hier nenne, ist eine umfassend digitalisierte Verwaltung mit offenen Schnittstellen in die Privatwirtschaft. So wird es für die Unternehmen möglich, über offene Schnittstellen effizient mit den Behörden zu interagieren. Konkret erwarten wir erstens, dass das Programm «DaziT» der eidgenössischen Zollverwaltung weitgehend und rasch umgesetzt wird und den Export- und Importunternehmen zur Verfügung steht.

Zweitens erwarten wir, dass die Schweiz endlich eine staatlich anerkannte elektronische Identität einführen wird. Solche elektronischen Identifizierungsmittel sind für die weitere Entwicklung von Onlinegeschäften und E-Government-Anwendungen zwingend. Hier geht es in erster Linie um die zeitnahe Schaffung von rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und deren Anbieter.

### **Den Steuerföderalismus respektieren**

Im Bereich der Finanzpolitik nenne ich drei konkrete Ziele: Erstens dürfen die gesetzlich gebundenen Ausgaben nicht weiter steigen. Solche Ausgabenbindungen – heute rund zwei Drittel der Bundesmittel – verringern den finanzpolitischen Handlungsspielraum bei der Budgetgestaltung des Bundes. Zweitens: Ungebundene Mittel des Bundes werden schwergewichtig für wachstums- und wohlförderungsfördernde Aufgaben verwendet, namentlich für Bildung und Forschung sowie Investitionen. Und drittens: Die Autonomie der Kantone in Steuerfragen bleibt erhalten und wird nicht durch die Einführung vom Bund vorgegebener Mindeststeuersätze eingeschränkt. Zudem werden politische Vorhaben zur materiellen Steuerharmonisierung abgelehnt.

### **Leistungsfähige Infrastrukturen für die Zukunft schaffen**

Leistungsfähige Infrastrukturen sind eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes, das gilt aktuell insbesondere für unsere Kommunikationsnetze. Diese werden immer mehr zur Basisinfrastruktur. Die Schweiz droht, ihre gute Ausgangslage zu verspielen, wenn es

um die Einführung von Mobilfunknetzen der fünften Generation geht. Die Chancen eines voll ausgebauten Netzes werden sich nur mit besseren regulatorischen Rahmenbedingungen nutzen lassen.

Ein zweites konkretes Ziel im Bereich der Infrastrukturen ist die vollständige Strommarktliberalisierung. Heute haben wir lediglich eine Teilöffnung des Strommarktes für grosse Verbraucher. Die Strommarktöffnung ist für die zukünftige Stromversorgung elementar. Sie stärkt die Versorgungssicherheit und schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung und internationale Einbindung des Schweizer Strommarktes. Falls die Schweiz das Rahmenabkommen mit der EU unterzeichnet, sollte sie möglichst rasch ein Stromabkommen abschliessen und in Kraft setzen.

Bei den Verkehrsinfrastrukturen liegt eine hohe Priorität auf den Strassen, damit bestehende Kapazitätsengpässe behoben und neue vermieden werden können. Das Strassennetz muss im Rahmen der gesetzlich gebundenen Mittel bis 2023 ausgebaut und dabei müssen die Effizienz in Betrieb und Unterhalt sowie das Umsetzungstempo beschlossener Projekte gesteigert werden. Gleichzeitig müssen die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern für eine multimodale Mobilität verbessert werden.

### **Altersvorsorge nachhaltig sichern**

In der kommenden Legislatur müssen die erste und die zweite Säule unserer Altersvorsorge stabilisiert und nachhaltig gesichert werden. Strukturelle Massnahmen – wie die Angleichung des Referenzalters von Frauen sowie die generelle Erhöhung des Rentenalters – und finanzpolitische Massnahmen tragen gleich viel dazu bei. Hingegen dürfen die Schuldenbremse und die Unabhängigkeit der Nationalbank nicht angetastet werden.

### **Vordringen des Staates in die Privatwirtschaft verhindern**

Wenn es um die Effizienz der Gütermärkte geht, so muss ein Ziel in der kommenden Legislatur sein, das weitere Vordringen von staatlichen oder staatsnahen Betrieben in die Privatwirtschaft zu verhindern. Dies soll nur noch möglich sein, wenn diese Unternehmen vollständig privatisiert werden. Andernfalls wird der Wettbewerb verzerrt, was der Standortqualität schadet.

Ein weiteres Ziel muss die Abschaffung der Schweizer Industriezölle sein. Heute schon erhebt die Schweiz beim Import nur noch sehr tiefe Industriezölle. Dank Freihandelsabkommen und Zollbefreiung der Importe aus Entwicklungsländern erfolgt ein Grossteil der Importe sogar zollfrei. Durch eine gänzliche Abschaffung der Importzölle wird die Aussenwirtschaft administrativ entlastet und Konsumentinnen sowie Konsumenten profitieren von tieferen Preisen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft steigt.

Schliesslich muss auch die Wettbewerbsfähigkeit der Bauern gestärkt und der Grenzschutz im Rahmen von Verhandlungen über Freihandelsabkommen punktuell abgebaut werden können. Heute ist die Agrarpolitik einer der Hinderungsgründe für weitere Marktöffnungen. Eine im Oktober von uns veröffentlichte Studie zeigt, dass Marktöffnungen und Agrarpolitik kein Widerspruch sind, falls die Agrarpolitik punktuell in Richtung höherer Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit angepasst wird. Die dort vorgeschlagenen Anpassungen sollten deshalb im Rahmen der Agrarpolitik 22+ realisiert werden.

### **Exportnation Schweiz stärken**

Auf multilateraler Ebene (WTO) ist die weitere Liberalisierung ins Stocken geraten. Deshalb gewinnen bilaterale Freihandelsabkommen an Bedeutung. Ein möglichst ungehinderter Zugang zu den wichtigsten Märkten weltweit ist für die offene Schweizer Volkswirtschaft mit kleinem Heimmarkt ein zentraler

Standortfaktor und für hiesige exportorientierte Unternehmen unerlässlich. Die Schweiz erweitert ihr bestehendes Netz an Freihandels- und Investitionsschutzabkommen kontinuierlich. Neue Abkommen bieten sich an: Das Abkommen mit der Türkei wurde revidiert, der Ständerat hat die Modernisierung angenommen und nun ist der Nationalrat daran. Mit Ecuador wurde ebenfalls ein Abkommen ausgehandelt, das zurzeit im Ratifikationsprozess ist und genau gleich weit wie die Revision des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der Türkei. Das Abkommen mit Indonesien wurde unterzeichnet, muss aber noch vom Parlament ratifiziert werden – es war bisher noch in keinem Rat. Mit Indien, Vietnam, Malaysia und dem Mercosur finden Verhandlungen statt, mit den USA bekanntlich noch nicht. Mit keinem dieser Länder konnte bisher ein Abschluss erzielt werden. Und die Modernisierung der Abkommen mit Kanada und Mexiko schliesslich ist zurzeit leider blockiert.

Der Brexit ist auch für die Schweiz eine Herausforderung. Noch ist unklar, wie die vertraglichen Beziehungen zum sechstwichtigsten Handelspartner der Schweiz in Zukunft sein werden. Verträge zur Sicherung des Status quo wurden zwar abgeschlossen, aber eine Vertiefung der Beziehungen – zum Beispiel im Finanzbereich – steht noch an. Um die weitverzweigten Wertschöpfungsketten der hiesigen Exportindustrie nicht zu gefährden, bedarf es auch einer rechtzeitigen und «passenden» Lösung Grossbritanniens mit der EU. Gleichzeitig bietet der Brexit auch die Chance, Verbesserungen im bilateralen Marktzugang mit dem Vereinigten Königreich auszuhandeln – etwa für Finanzdienstleistungen.

Die vertragliche Beziehung der Schweiz zur EU, unserem mit Abstand wichtigsten Handelspartner, steht sowohl innenpolitisch – zum Beispiel durch die Kündigungsinitiative – wie aussenpolitisch unter Druck. Für die Schweiz sind positive Ergebnisse an beiden Fronten entscheidend. Nur so kann der derzeit vorteilhafte Marktzugang in die EU und damit zahlreiche Arbeitsplätze sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts erhalten werden. Schliesslich geht es auch um die enge Einbindung in eine Vielzahl paneuropäischer Informations- und Koordinationsplattformen (z. B. Sicherheit, Kultur, Wissenschaft usw.).

### **Freiräume für die digitalisierte Wirtschaft schaffen und erhalten**

Mit der Digitalisierung gewinnen Technologieunternehmen an Bedeutung. Gewisse Staaten möchten nun Technologiefirmen steuerlich stärker am Ort der Nutzer belasten, etwa durch Sondersteuern auf dem Umsatz mit digitalen Dienstleistungen oder durch die Einführung einer Steuerpflicht bei rein digitaler Präsenz. Die digitale Wirtschaft lässt sich jedoch nicht von der restlichen Wirtschaft abtrennen. Sämtliche Wirtschaftszweige funktionieren zunehmend digital. Neue Sondersteuern treffen darum letztlich die gesamte Wirtschaft und belasten gerade die innovativsten und zukunftsfähigsten Firmen. Die Innovationsfähigkeit der Schweiz würde damit empfindlich geschwächt.

### **Umfrageplattform für Kandidierende der eidgenössischen Wahlen**

Das, meine Damen und Herren, sind aus Sicht von economiesuisse nur einige wenige Ziele für die Schweizer Wirtschaftspolitik in der Legislatur 2019 bis 2023. Weitere Ziele werden wir in den kommenden Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten thematisieren.

Ich komme zum Schluss: Im Herbst finden die eidgenössischen Wahlen statt. Das neue Parlament wird es in der Hand haben, die Weichen für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik zu stellen, zum Beispiel beim Rahmenabkommen oder in der Altersvorsorge. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Die bewährten Erfolgsfaktoren der Schweizer Wirtschaft wie Investitionen in Forschung und Bildung, offener Zugang zu den Weltmärkten oder eine wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik bilden für die Politik einen guten allgemeinen Orientierungsrahmen.

Als individuelle Orientierungshilfe und Standortbestimmung haben wir unter [www.elections.ch](http://www.elections.ch) für National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten eine Onlineplattform aufgebaut. Auf dieser Plattform können Kandidierende, aber auch wirtschaftspolitisch interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, anhand eines Fragebogens die wichtigsten wirtschaftspolitischen Geschäfte in der kommenden Legislatur aus ihrer Sicht beurteilen. Nach Ausfüllen des Fragebogens bekommen sie eine persönliche Auswertung und ausführliche Informationen zu den betreffenden Geschäften. So können sich wirtschaftspolitisch Interessierte heute schon mit denjenigen wirtschaftspolitischen Themen persönlich auseinandersetzen, die in der nächsten Legislatur im Parlament diskutiert werden. Wir erstellen daraus weder Ranglisten noch Wahlempfehlungen und veröffentlichen auch keine persönlichen Angaben.

Zusammenfassend appellieren wir an Parlament und Bundesrat, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz wieder zu stärken. Im internationalen Standortwettbewerb muss die Schweiz wieder zu den Topdestinationen der Welt aufsteigen. Ob das gelingen wird, werden die Ländervergleiche in den kommenden Jahren zeigen.

## LEGISLATUR 2015 BIS 2019

Bilanz aus Sicht der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Die Schweiz zeichnet sich durch eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit aus. Im vergangenen Jahr ist sie aber in den internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit zurückgefallen: Im «IMD Competitiveness Ranking 2018» fiel sie von Rang 2 auf Rang 5 (2019 wieder auf Platz 4) und im «Global Competitiveness Report» des WEF liegt die Schweiz auf Rang 4. Die Schweiz läuft Gefahr, hier noch weiter abzurutschen.

Nur durch eine laufende Verbesserung der Standortqualität kann die Spitzenposition in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wieder erreicht werden.

Dazu muss die Politik die Standortqualität der Schweiz wieder stärken. economie suisse hat deshalb während der noch laufenden Legislatur 2015 bis 2019 genauer hingeschaut. In einer vorläufigen Legislaturbilanz wurde beurteilt, ob die nationale Politik die Standortqualität der Schweiz verbessert oder verschlechtert hat. Dazu wurde ein Raster erstellt, in dem die für die Wirtschaft wichtigsten Geschäfte der Jahre 2015 bis 2019 erfasst wurden. Diese Liste umfasst rund 100 Geschäfte. Bei diesen Geschäften beurteilten die Fachbereiche von economie suisse, wie das Endresultat (z. B. Volksabstimmung oder Parlamentsentscheid oder Entscheid des Bundesrats) die Standortqualität der Schweiz beeinflusst. Dazu wurde eine Skala von +3 (stark positiv) über 0 (Status quo) bis –3 (stark negativ) verwendet. Noch nicht abgeschlossene Geschäfte wie zum Beispiel die Unternehmensverantwortungsinitiative wurden nicht bewertet. Geschäfte, in denen nur der Status quo bestätigt wurde – wie beispielsweise die Ablehnung der Vollgeldinitiative durch das Schweizer Stimmvolk –, erhalten eine Bewertung von 0.

Die Auswertung basiert auf den Säulen der Wettbewerbsfähigkeit des WEF Competitiveness Ranking. Das WEF misst die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes anhand der folgenden zwölf Säulen:

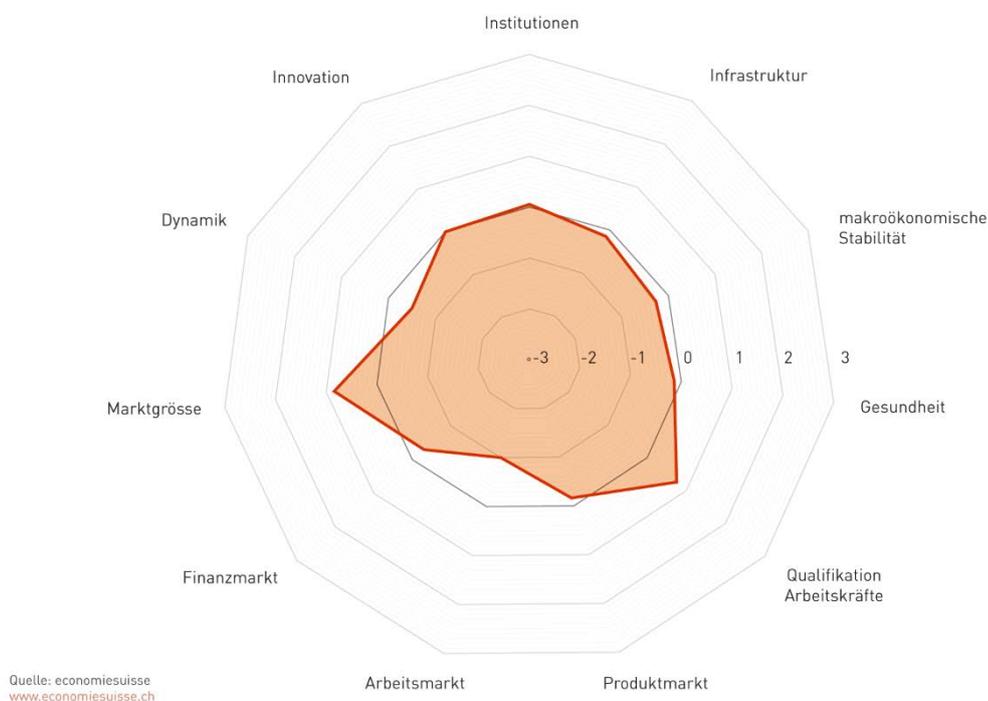
- |   |                 |
|---|-----------------|
| 1. Institutionen                              | 7. Produktmarkt |
| 2. Infrastruktur                              | 8. Arbeitsmarkt |
| 3. ICT Adoption                               | 9. Finanzmarkt  |
| 4. Makroökonomische Stabilität                | 10. Marktgrösse |
| 5. Gesundheit                                 | 11. Dynamik     |
| 6. Qualifikation der Arbeitskräfte («Skills») | 12. Innovation  |

Die einzelnen Geschäfte wurden jeweils mindestens einer Säule zugeordnet, damit beurteilt werden konnte, welche Säulen der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz vom entsprechenden Geschäft tangiert sind. Die Säule «ICT Adoption» ist in der Auswertung im Spider-Diagramm in der Abbildung nicht aufgeführt, da hier vor allem die Wirtschaft und die Bevölkerung gefragt sind, die neuen Technologien anzuwenden. Bei der Verwaltung ist hier aber ein deutlich zu langsames Tempo auszumachen. Eine vollständig digitalisierte Verwaltung wäre für die Wirtschaft wichtig. Die Säule «Marktgrösse» wurde

grosszügig interpretiert. Da die Schweizer Wirtschaft 40 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung exportiert, stellt die Grösse des Schweizer Marktes nicht den für die Schweizer Unternehmen relevanten Markt dar. Deshalb fliessen Massnahmen, die den Marktzugang in ausländische Märkte erleichtern (wie z. B. der Abschluss eines Freihandelsabkommens), positiv in die Bewertung dieser Säule ein.

Die unten stehende Abbildung zeigt die Bilanz der Legislatur 2015 bis 2019. Der dunkelgraue Ring mit dem Wert 0 stellt den Status quo dar. Liegt die orange Linie bei einer Säule weiter innen (das heisst bei negativen Werten), so hat sich die Situation bei der entsprechenden Säule verschlechtert. Liegt die orange Linie hingegen weiter aussen, so kann von einer Verbesserung gesprochen werden.

### Entwicklung Standortqualität Schweiz 2015 bis 2019



**Abbildung:** Entwicklung der Standortqualität Legislatur 2015 bis 2019 (Download unter [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch))

Insgesamt fällt die Bilanz negativ aus. Mehrheitlich wurde der Status quo verwaltet oder die Situation hat sich sogar verschlechtert. **Negative Entwicklungen** sind bei den folgenden Säulen festzustellen:

- Die *makroökonomische Stabilität* ist leicht rückläufig. Zwar konnten grösserer Rückschritte wie zum Beispiel die Vollgeldinitiative oder gröbere ordnungspolitische Sündenfälle bei der Bewältigung des Frankenschocks vermieden werden. Nichtsdestotrotz hat beispielsweise der Reformstau bei der Altersvorsorge langfristig negative Auswirkungen auf die Schuldendynamik.
- Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) beeinflusst die Beurteilung der Säule *Arbeitsmarkt* massgeblich. Bis klar war, wie die MEI umgesetzt wird, wirkte sich die Phase der Planungsunsicherheit negativ aus. Gemessen an den durch die Massnahme vermittelten Stellen führt die Pflicht zur Stellenmeldung bei den Unternehmen zu einem unverhältnismässig hohen Aufwand. Negativ wirkt sich auch die Tendenz aus, komplexe Prob-

- lerne mit einfachen Rezepten lösen zu wollen, was sehr oft zu Symptom- statt Ursachenbekämpfungen führt (vgl. Lohnkontrollen im Gleichstellungsgesetz).
- Im *Finanzmarkt* wurden unter anderem mit Finfrag/Fidleg/Finig neue Regulierungen eingeführt. Die Schweiz hat sich damit internationalen Standards angepasst, was unausweichlich und für die Schweizer Wirtschaft notwendig war. Nichtsdestotrotz nimmt dadurch der Aufwand für die Unternehmen zu.
- Der negative Wert der Säule *Dynamik* ist Ausdruck des mangelnden Gestaltungswillens, der fehlenden Weitsicht und der zunehmenden Regulierungen und Hürden für wirtschaftliche Tätigkeiten, wie dies auch im weiteren Abrutschen der Schweiz im «Ease of Doing Business Index» Ausdruck findet. Die Schweiz rangiert dort abgeschlagen im Mittelfeld auf Platz 38.

Der **Status quo** wurde bei den Säulen Innovation, Institutionen, Infrastruktur, Gesundheit und Produktmarkt gehalten.

- In der Säule *Innovation* hat unter anderem die Offenheit gegenüber Technologien gelitten. Als Beispiele sind das Verbot von Kernenergie, das mit der Energiestrategie 2050 eingeführt wurde, oder das Gentechnikmoratorium zu nennen. Die finanziellen Mittel für diesen Bereich wurden vom Parlament richtigerweise gegenüber anderen Ausgaben priorisiert, die neu gegründete Innosuisse weist aber Geburtsfehler auf und wegen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wurde die Schweiz teilweise von den Forschungsförderungsprogrammen der EU (Horizon 2020) ausgeschlossen.
- Bezüglich der *Institutionen* wurden mehrheitlich die bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen erhalten. Die Revision der Datenschutzgesetzgebung ist aber deutlich zu langsam unterwegs.
- Bei der *Infrastruktur* konnten unter anderem die für die digitale Zukunft nötigen Anpassungen nicht vorangetrieben werden (Beispiel 5G-Netz).
- Bei der Säule *Produktmarkt* ist die Zunahme an teilweise marktverzerrenden Subventionen negativ anzumerken. Diese Tendenz wird unter anderem wegen der Energiestrategie 2050 verstärkt werden. Zudem gibt es im Agrarbereich eine besorgniserregende Tendenz zu Mengen- oder Preissteuerungen oder fixen Importpreisen wie zum Beispiel beim Zucker. Positiv fällt hier die vom Stimmvolk inzwischen gutgeheissene AHV-Steuvorlage auf. Hier gibt es jedoch einen grossen Wermutstropfen: Sie korrigiert vor allem das Versäumnis der gescheiterten Reform der Unternehmensbesteuerung, aber die jahrelange Verzögerung hat bereits jetzt Schaden angerichtet, indem sie einen der wichtigsten Vorzüge relativierte, den der Standort Schweiz für Unternehmen zu bieten hat: Planungssicherheit.
- Über das Thema *Gesundheit* wurde zwar viel diskutiert, wahre Lösungen, die die Probleme im Gesundheitswesen an der Wurzel anpacken würden, wurden aber nicht implementiert.

Einzig bei der Marktgrösse und der Qualifikation der Arbeitskräfte («Skills») ist die Entwicklung **positiv**.

- Die *Marktgrösse* hat einerseits dank der wachsenden Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft zugenommen, andererseits wegen diverser Freihandelsabkommen wie zum Beispiel mit den Philippinen oder Indonesien.
- Bei der *Qualifikation der Arbeitskräfte* sind unter anderem die Fortschritte in der Bildungspolitik mit der erfolgreichen Einführung des Lehrplans 21 hervorzuheben, dank dem unter anderem Medien und Informatik nun endlich verbindlich in den Schulstuben Einzug halten.

## LEGISLATUR 2019 BIS 2023

Herausforderungen und Ziele für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Zusammen mit seinen Mitgliedern hat der Wirtschaftsdachverband economiesuisse knapp 50 wirtschaftspolitische Herausforderungen und Ziele für die Legislatur 2019 bis 2023 formuliert, die er im Wahljahr 2019 und darüber hinaus thematisieren wird. Alle diese spezifischen Ziele haben ein gemeinsames Hauptziel: die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

Nachfolgend eine Auswahl von wirtschaftspolitischen Zielen in der kommenden Legislatur. Sie sind nach den Säulen des «Global Competitiveness Index» gruppiert; die jeweilige Säule ist in der Klammer angegeben. Diese und weitere Ziele finden sich in der Online-Befragung unter [www.elections.ch](http://www.elections.ch).

### 1 **Institutionen** (Säule 1 im «Global Competitiveness Index» des WEF)

#### 1.1 **Umfassend digitalisierte Verwaltung mit offenen Schnittstellen in Privatwirtschaft**

Die Regulierungsbelastung in der Schweiz nimmt konstant zu – dies gerade auch im internationalen Vergleich. Deshalb muss die Regulierung reduziert und die Art und Weise der Regulierungsumsetzung verändert werden. Dies ist durch die konsequente Digitalisierung aller verwaltungsinternen Prozesse möglich, welche es der Privatwirtschaft über offene Schnittstellen ermöglichen, effizient mit den Behörden zu interagieren. Damit die entsprechenden Effizienzgewinne auch einen positiven Effekt auf die Wirtschaft haben, ist es erforderlich, dass alle Ebenen der Verwaltung digitalisiert werden. Beispiele sind die Digitalisierung der Zollverfahren und die E-ID:

##### 1.1.1 Digitalisierung der Zollverfahren

Die Schweiz hat ein völlig veraltetes und störungsanfälliges elektronisches Zollsystem. Dieses soll nun durch ein neues System ersetzt werden. Gleichzeitig sollen die Prozesse vereinfacht und die Kosten für die Unternehmen gesenkt werden. Nach mehrjähriger Verzögerung konnte das Projekt DaziT 2018 nochmals neu gestartet werden. Auch unternehmenseitig erfordert DaziT umfangreiche Anpassungen. Entsprechend wichtig ist der kontinuierliche Einbezug der Wirtschaft während der gesamten Projektdauer, um auf allen Seiten den grösstmöglichen Nutzen zu generieren.

##### 1.1.2 Elektronische Identifizierung (E-ID)

Mit einem Reisepass oder einer Identitätskarte kann eine Person ihre Identität im Alltag beweisen. Im Internet ist dieser Beweis derzeit nur sehr umständlich zu erbringen. Daher braucht es für die digitale Welt einen elektronischen Identitätsnachweis, auch E-ID genannt. Solche staatlich anerkannte elektronische Identifizierungsmittel sind für die weitere Entwicklung von Onlinegeschäften und E-Government-Anwendungen zwingend. Die Schweiz muss deshalb rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und deren Anbieter schaffen.

### **1.2 Aktienrechtsrevision**

Obwohl die Räte die unbestritten notwendige Reform des Aktienrechts seit etlichen Jahren diskutieren, konnte sie bisher nicht unter Dach und Fach gebracht werden. In der Rechtskommission des Ständerats wurde die Vorlage in erster Lesung derart verschlechtert, dass sie aus Sicht der Wirtschaft abgelehnt werden musste. Glücklicherweise konnte das Plenum des Ständerats wesentliche Mängel beseitigen. Dennoch sind noch einige Punkte in der Vorlage enthalten, welche die Wirtschaft belasten. So wird weiterhin völlig unnötig über die Bestimmungen der VegüV hinausgegangen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Punkte nun in der weiteren Beratung behoben werden können.

### **1.3 Stabilisierung bzw. Abbau der Ausgabenbindungen**

Gesetzlich gebundene Ausgaben nehmen stetig zu. Zu den (stark) gebundenen Ausgaben gehören die Bereiche Soziale Wohlfahrt (95 Prozent), Finanzen und Steuern (fast 100 Prozent) und Verkehr (ca. 75 Prozent); die Bereiche Sicherheit, Bildung und Forschung, Landwirtschaft und Ernährung sowie Internationale Zusammenarbeit weisen hingegen einen tiefen Bindungsgrad auf. Die Ausgabenbindung verringert den finanzpolitischen Handlungsspielraum bei der Budgetgestaltung des Bundes. Die Folge ist eine zunehmend einseitige Ausgabenverteilung zulasten der Aufgabengebiete mit schwachen Ausgabenbindungen. Das erhöht nicht nur den Druck auf die Schuldenbremse, auch die Qualität des Bundeshaushalts insgesamt leidet darunter. Die Stabilisierung der gebundenen Ausgaben stärkt die Flexibilität und den Handlungsspielraum des Parlaments bei ausgabenpolitischen Entscheiden.

### **1.4 Aufgaben- und Ausgabenpriorisierung**

Zwei Drittel der Bundesmittel sind gesetzlich stark gebunden. Die verbleibenden Mittel sind ein knappes Gut. Sie sind schergewichtig für wachstums- und wohlförderungsfördernde Aufgaben zu verwenden. Für diese Aufgaben sind Freiräume zu schaffen und bestehende Spielräume entsprechend zu nutzen. Aufgaben- und Ausgabenschwerpunkte müssen Bildung, Forschung und Investitionen sein.

### **1.5 Verzicht auf kantonale Mindeststeuersätze**

Der Fiskalföderalismus ist wichtig für eine nachhaltig erfolgreiche Fiskalpolitik der Schweiz. Die steuerliche Autonomie der Kantone setzt mit dem Steuerwettbewerb wirksame Anreize für eine effiziente Mittelverwendung und eine tiefe allgemeine Steuerbelastung. Gleichzeitig wirkt der Finanzausgleich zwischen ressourcenstarken und -schwachen Kantonen allfälligen Übertreibungen im Steuerwettbewerb entgegen und stellt eine finanzielle Mindestausstattung der Kantone sicher. Eine Einschränkung der steuerlichen Autonomie der Kantone, beispielsweise durch die Einführung vom Bund vorgegebener Mindeststeuersätze, ist deshalb nicht sinnvoll.

## **2 Infrastruktur (Säule 2)**

### **2.1 Weiterentwicklung Mobilfunkinfrastrukturen**

Die nächste Generation von Mobilfunknetzen steht in den Startlöchern und soll voraussichtlich ab 2020 kommerziell nutzbar sein. 5G ist eine Basisinfrastruktur der Digitalisierung und ist beispielsweise für Internet-of-things-Anwendungen unverzichtbar. Aufgrund sehr strenger Strahlenschutzbestimmungen und Bauvorschriften verfügt die Schweiz derzeit über keine gute Ausgangslage für den 5G-Ausbau. Die regulatorischen Rahmenbedingungen sind deshalb so zu setzen, dass dieser Ausbau schnell stattfinden kann und die Schweiz betreffend Infrastrukturqualität führend bleibt.

### **2.2 Strommarktöffnung**

Die Schweiz hat zurzeit lediglich eine Teilöffnung des Strommarktes für grosse Verbraucher. Die vollständige Marktöffnung beendet die jahrelange Diskriminierung der Kleinkunden, schafft gleich lange Spiesse für die Produzenten und ihre Kunden, reduziert Fehlanreize und eröffnet Chancen für neue innovative Produkte und erneuerbare Energien. Die Strommarktöffnung ist für die zukünftige

Stromversorgung elementar. Sie stärkt die Versorgungssicherheit und schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung und internationale Einbindung des Schweizer Strommarktes.

### **2.3 Stromabkommen Schweiz-EU**

Seit 2007 verhandelt die Schweiz mit der EU über ein bilaterales Abkommen im Elektrizitätsbereich. Mit einem solchen Abkommen würde die Schweiz Zutritt zum europäischen Strommarkt erhalten. Im Vordergrund steht dabei für beide Seiten die Versorgungssicherheit, die im stark vernetzten Energiebereich von keinem Land alleine erreicht werden kann. Ein Vertrag Schweiz-EU soll deshalb den grenzüberschreitenden Stromhandel regeln, die Sicherheitsstandards harmonisieren, den freien Marktzugang absichern sowie eine Mitwirkung der Schweiz in den verschiedenen Gremien garantieren.

## **3 Makroökonomische Stabilität (Säule 4)**

### **3.1 Stabilisierung der Altersvorsorge**

Zur Stabilisierung und auch zur nachhaltigen Sicherung der Altersvorsorge sind strukturelle Massnahmen (namentlich allgemeine Rentenaltererhöhung) unumgänglich. Damit würden nicht nur die Altersvorsorgesysteme stabilisiert, sondern auch der Bundeshaushalt weniger stark belastet, weil die Ausgaben des Bundes an die AHV direkt abhängig sind von den Ausgaben der AHV für Renten. Diese Ausgaben machen bereits heute einen relativ grossen Teil der (gebundenen) Bundesausgaben aus und nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zu. Weil es dafür immer mehr allgemeine Bundesmittel braucht, kommt der Bundeshaushalt – konkret die ungebundenen Ausgabenbereiche wie Bildung und Forschung, Landwirtschaft, Sicherheit sowie Finanzen und Steuern – zunehmend unter Druck.

### **3.2 Schuldenbremse bleibt unverändert erhalten**

Die Schuldenbremse garantiert solide Bundesfinanzen. Die Stärke der Schuldenbremse liegt in ihrer heutigen Form: Sie ist transparent und politisch nicht beeinflussbar. Jede Anpassung verkompliziert die Schuldenbremse und macht sie anfällig auf politischen Druck. Das ist zu verhindern. Die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form garantiert einen ausgeglichenen Haushalt und hilft, die Verschuldung des Bundes zu begrenzen und sogar zu senken.

### **3.3 Unabhängige Nationalbank**

Damit die Nationalbank eine stabilitätsorientierte Geldpolitik betreiben kann, muss sie unabhängig von der Politik sein. Vorstösse wie Anlagevorschriften oder Erhöhung der Gewinnausschüttung gefährden dies.

## **4 Produktmarkt (Säule 7)**

### **4.1 Abschaffung Schweizer Industriezölle**

Die Schweiz erhebt nur noch sehr tiefe Industriezölle beim Import. Dank Freihandelsabkommen und Zollbefreiung der Importe aus Entwicklungsländern erfolgt bereits heute ein Grossteil der Importe zollfrei. Die Aussenwirtschaft wird durch eine gänzliche Abschaffung der Importzölle administrativ entlastet und Konsumentinnen sowie Konsumenten profitieren von tieferen Preisen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft steigt.

### **4.2 Keine unnötige Beschränkung ausländischer Investitionstätigkeit in der Schweiz**

Mit Blick auf die Investitionstätigkeit ausländischer Investoren diskutiert das Parlament derzeit Vorstösse, die sich mit der Einführung einer staatlichen Investitionskontrolle in der Schweiz befassen. Ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Investitionsstandort ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der Schweiz. Know-how und Innovationen in Wirtschaft und Wissenschaft werden heute nicht lokal, sondern in globalen

Netzwerken erwirtschaftet – ausländische Investitionen sind hier eine wichtige Voraussetzung. Bereits heute bestehen unter geltendem Recht Instrumente zum Schutz der Eigentumsverhältnisse system- und sicherheitsrelevanter Bereiche und Unternehmen. Die unnötige Beschränkung ausländischer Investitionstätigkeit in der Schweiz stärkt somit die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz in keiner Weise, sondern schwächt diesen entscheidend.

## **5 Arbeitsmarkt (Säule 8)**

### **5.1 Internationale Talente aus Hochschulen in der Schweiz halten**

Studierende aus Drittstaaten haben nur sechs Monate Zeit, sich um eine Anstellung in der Schweiz zu bemühen. Bei einer Anstellung wird dies dem Ausländerkontingent für Drittstaaten zugerechnet. Viele verlassen daher nach dem Studium die Schweiz, weil sie in dieser kurzen Zeit und ohne Berufserfahrung Schwierigkeiten haben, eine Stelle antreten zu können. Gerade in den MINT-Fächern ist der Arbeitskräftemangel hoch. Ausländische Studierende in diesen Fächern sollten daher wenn möglich in der Schweiz bleiben und nicht dem Drittstaatenkontingent zugerechnet werden.

### **5.2 Zugang zu qualifizierten Fachkräften aus der EU**

Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) ist ein zentraler Baustein der Bilateralen I und eröffnet der Schweiz den Zugang zu qualifizierten Fachkräften in der EU, wo sie hierzulande nicht ausreichend vorhanden sind. Ihr Erhalt ist für sämtliche Wirtschaftssektoren von grosser Bedeutung. Das FZA ist durch die Kündigungsinitiative der SVP kurzfristig und ohne Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens mit der EU – verbunden mit einer Weiterentwicklung der FlaM – mittel- bis langfristig infrage gestellt.

## **6 Marktgrösse (Säule 10)**

### **6.1 Freihandelsabkommen**

Infolge fehlender Liberalisierungsfortschritte auf multilateraler Ebene (WTO) gewinnen bilaterale Freihandelsabkommen an Bedeutung. Ein möglichst ungehinderter Zugang zu den wichtigsten Märkten weltweit ist für die offene Schweizer Volkswirtschaft mit kleinem Heimmarkt ein zentraler Standortfaktor und für hiesige exportorientierte Unternehmen unerlässlich. Heute ist die Agrarpolitik einer der Hinderungsgründe für weitere Marktöffnungen im Rahmen von Freihandelsabkommen. Zwar verfügt die Schweiz bereits über ein weitreichendes Netz an Freihandelsabkommen. Diese müssen jedoch laufend den neuen Anforderungen angepasst und mit vorteilhaften Abkommen für neue Märkte ergänzt werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die EU ihr Netz ebenfalls laufend erweitert.

### **6.2 Brexit**

Der Brexit ist auch für die Schweiz eine Herausforderung. Noch ist unklar, wie die vertraglichen Beziehungen zum sechstwichtigsten Handelspartner der Schweiz in Zukunft sein werden. Verträge zur Sicherung des Status quo wurden zwar abgeschlossen, aber eine Vertiefung der Beziehungen – zum Beispiel im Finanzbereich – steht noch an. Um die weitverzweigten Wertschöpfungsketten der hiesigen Exportindustrie nicht zu gefährden, bedarf es auch einer rechtzeitigen und «passenden» Lösung Grossbritanniens mit der EU. Gleichzeitig bietet der Brexit auch die Chance, Verbesserungen im bilateralen Marktzugang mit dem Vereinigten Königreich auszuhandeln – etwa für Finanzdienstleistungen. Ebenso braucht es eine Anschlusslösung für die heute geltende Personenfreizügigkeit, zum Beispiel über eine Erhöhung der Drittstaatenkontingente.

### **6.3 Verhältnis Schweiz-EU**

Die vertragliche Beziehung der Schweiz zur EU, unserem mit Abstand wichtigsten Handelspartner, steht sowohl innenpolitisch (z. B. Schengen-Referendum, Kündigungsinitiative) wie aussenpolitisch (Verhandlungen über eine institutionelle Marktzugangsregelung mit der EU) unter Druck. Für die

Schweiz sind positive Ergebnisse an beiden Fronten entscheidend, um den derzeit vorteilhaften Marktzugang in die EU, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, Arbeitsplätze im Land sowie die enge Einbindung in eine Vielzahl paneuropäischer Informations- und Koordinationsplattformen (z. B. Gesundheit, Schengen, Wissenschaft usw.) zu erhalten.

## **7 Innovation (Säule 12)**

### **7.1 Digitale Sondersteuern vermeiden**

Mit der Digitalisierung können Technologieunternehmen auf Märkten aktiv sein, ohne vor Ort physische Präsenz aufzuweisen. Gemäss etablierten Prinzipien im internationalen Steuerrecht erfolgt die Gewinnbesteuerung dort, wo die Wertschöpfung generiert wird, also wo die Programmierer, die Softwareentwickler und die Datenanalysten arbeiten, nicht am Ort des Konsums. Gewisse Staaten möchten ausländische Technologiefirmen jedoch steuerlich stärker am Ort der Nutzer belasten, etwa durch Sondersteuern auf dem Umsatz mit digitalen Dienstleistungen oder durch die Einführung einer Steuerpflicht bei rein digitaler Präsenz. Die digitale Wirtschaft lässt sich jedoch nicht von der restlichen Wirtschaft abtrennen. Sämtliche Wirtschaftszweige funktionieren zunehmend digital. Neue Sondersteuern treffen darum letztlich die gesamte Wirtschaft und belasten gerade die innovativsten und zukunftsfähigsten Firmen. Die Innovationsfähigkeit der Schweiz würde damit empfindlich geschwächt.

### **7.2 BFI-Botschaft: ausreichende Mittel**

Die Mittel für den BFI-Bereich sind in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gewachsen und wurden daher prioritär behandelt. Dies ist auch in der neuen Periode nötig, wächst doch die Zahl der Studierenden weiter und die Forschung wird teurer. Die derzeitige Planung aber sieht nur noch moderat steigende Mittel vor.

### **7.3 Vollassoziierung an Horizon Europe**

Das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020, an dem die Schweiz auch teilnimmt, läuft 2020 aus und wird momentan für die Nachfolgeperiode revidiert. Die Vernetzung mit der internationalen Forschung ist für den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz zentral. Internationale Topforschende siedeln sich nur in der Schweiz an beziehungsweise bleiben der Schweiz nur erhalten, wenn sie in das internationale Forschungsnetzwerk integriert sind. Die Phase nach Annahme der MEI hat deutlich gezeigt, dass die Forschungsgelder und -aktivitäten die Schweiz sehr schnell verlassen können.

# Kompass 2023

Unter [www.elections.ch](http://www.elections.ch) führt economiesuisse eine Online-Umfrage zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz durch. Auf dieser Plattform können Kandidierende für die National- und Ständeratswahlen 2019, aber auch interessierte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, anhand eines Fragebogens die wichtigsten wirtschaftspolitischen Geschäfte in der Legislatur 2019 bis 2023 aus ihrer Sicht beurteilen. Nach Ausfüllen des Fragebogens bekommen sie eine persönliche Auswertung und ausführliche Informationen zu den betreffenden Geschäften. So können sich Interessierte schon heute mit den wirtschaftspolitischen Themen von morgen auseinandersetzen. Die Auswertung erfolgt anonymisiert und aggregiert. Aus den Ergebnissen werden weder Ranglisten noch Wahlempfehlungen erstellt und es werden auch keine persönlichen Angaben veröffentlicht.



The screenshot shows the introduction page for the 'Kompass 2023' survey. At the top left is the economiesuisse logo, and at the top right is the elections.ch logo with 'by economiesuisse' underneath. A 'Deutsch' language selector is in the top right corner. A navigation bar contains 'Einleitung' (highlighted), 'Registrieren', and 'Informationen'. The main heading is 'Kompass 2023' followed by 'Wie tragen wir dem Wohlstand in der Schweiz Sorge?'. The text explains the survey's purpose: to assess the competitiveness of the Swiss economy and politics for the 2019-2023 legislative period. It notes that Switzerland's competitive advantage is eroding compared to countries like the USA and Singapore. The survey aims to identify concrete political questions and solutions to maintain and improve the Swiss standard of living. It mentions that participants will receive a personal evaluation and detailed information. A red button at the bottom says 'Jetzt Umfrage starten!' with a play icon.

Abbildung 1: Einstiegsseite zur Online-Umfrage auf [www.elections.ch](http://www.elections.ch)

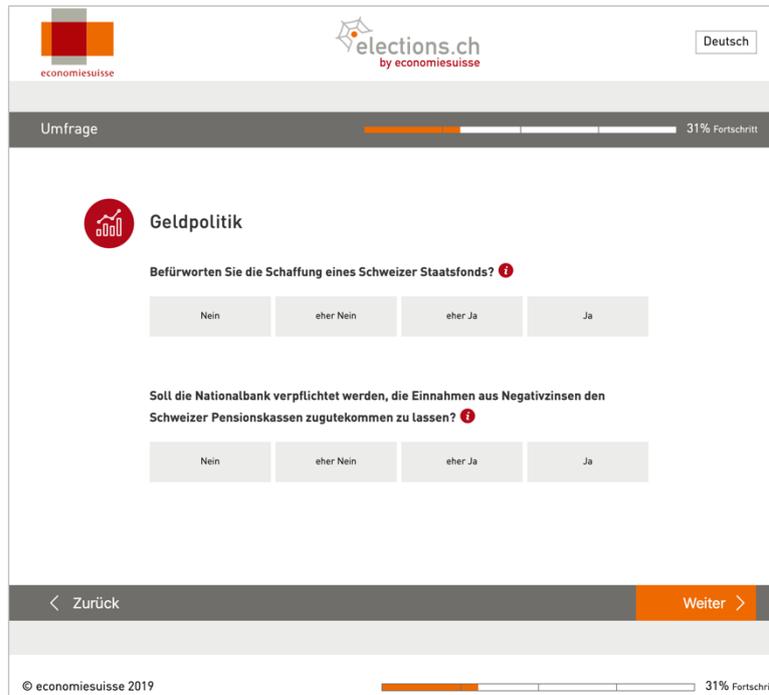


Abbildung 2: Beispiel einer Frage zur Geldpolitik der Schweiz

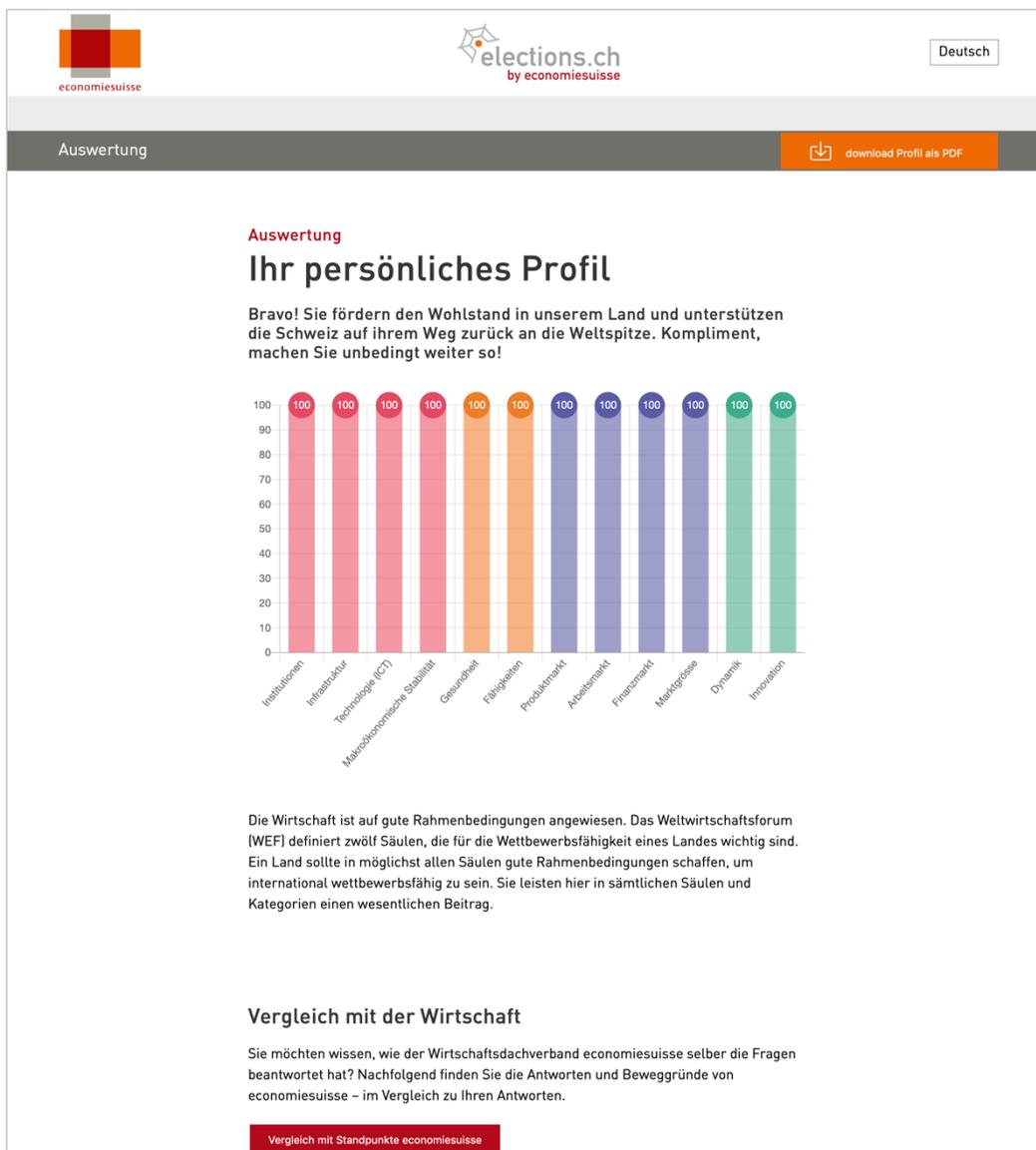
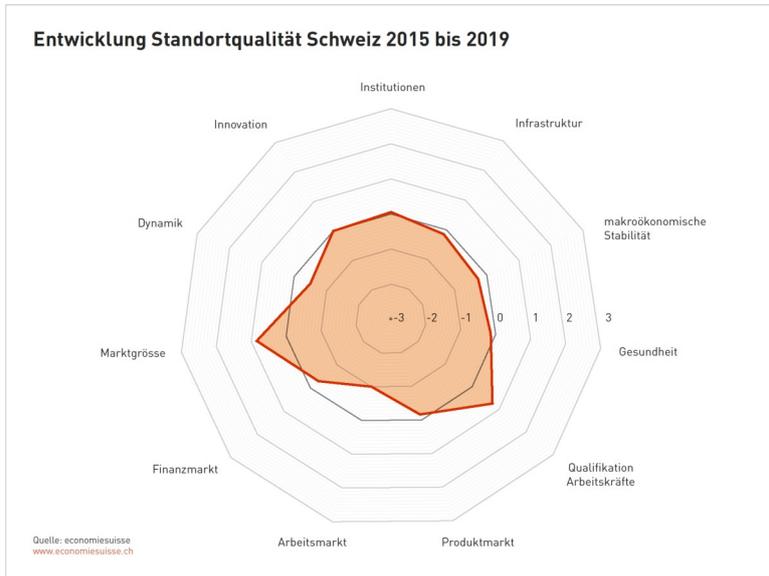


Abbildung 3: Individuelle Auswertung der Antworten im Bezugsrahmen des «Global Competitiveness Report» des WEF

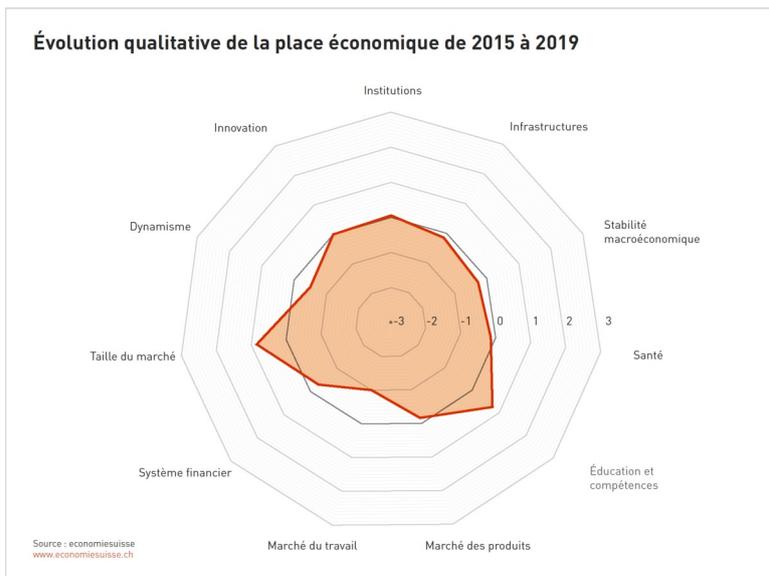
Download als PNG, PDF und AI  
 unter [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch) → Medienmitteilungen



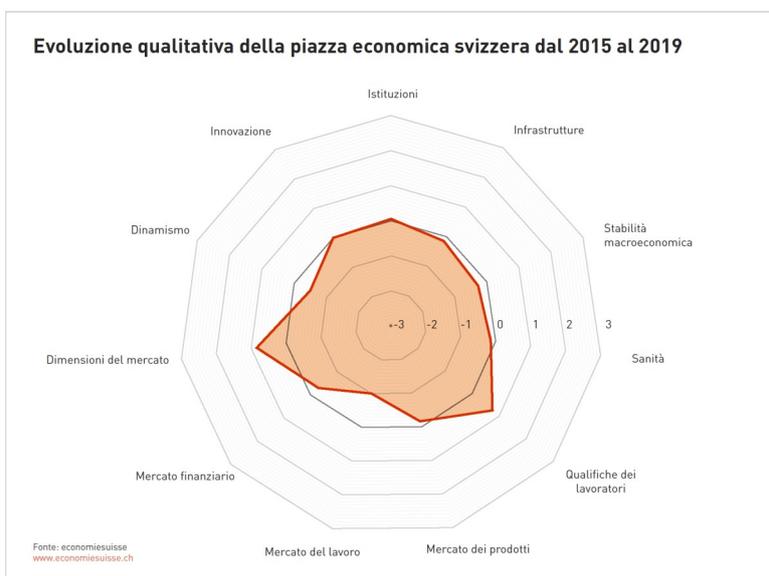
economiesuisse



Deutsch



Français



Italiano